

Volksstimme vom 31. Januar 2011

Menschen aus der Altmark und Prignitz demonstrieren in Wittenberge für den Erhalt der Elbland

"Besserer Hochwasserschutz statt Flussausbau"

Von Andreas Puls

Am Sonnabend fand die Bundesländer übergreifende Aktion "Fackeln für die Elbe" statt. So wie in vielen anderen Städten trafen sich auch in Wittenberge Menschen, um für den Erhalt einer naturnahen Flusslandschaft Elbe zu demonstrieren. Gleichzeitig war es eine Kundgebung gegen geplante Wasserstraßen-Ausbauvorhaben und andere aus Sicht der Organisatoren überflüssige Verkehrsprojekte.

Wittenberge. Aufgrund des derzeitigen Hochwassers war der Veranstaltungsort an die Wittenberger Elbpromenade verlegt worden. An der Gaststätte "Goldener Anker" versammelten sich die rund 60 Kundgebungsteilnehmer aus der Altmark und Prignitz – weniger als sich die Veranstalter verschiedener Verbände und Bürgerinitiativen erhofft hatten.

"Anlass der heutigen Protestaktion sind Planungen für Großbauvorhaben zur Kanalisierung der letzten großen naturnahen Flüsse in Deutschland", so Wilfried Treutler vom Regionalverband Prignitz des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland in seiner Ansprache. An der Elbe und Saale richte sich die Aktion gegen das Staustufenprojekt Decin in Tschechien, gegen den geplanten Bau des Elbe-Saale-Kanals, gegen Ausbaumaßnahmen an der Mittel- und Unterelbe sowie die Vertiefung der Unterelbe in Hamburg. "Wir fordern mehr Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung schon im Vorfeld der Planungen, um Steuergeldverschwendungen und Fehlentwicklungen auf Kosten der Natur vorzubeugen. Massive Kritik richtet sich vor allem gegen die mangelnden Bedarfsbegründungen der Wasserstraßenprojekte sowie gegen Verkehrsprognosen, denen falsche Daten zugrunde gelegt werden, um die Vorhaben wirtschaftlich erscheinen zu lassen. Statt Millionen Euro in Wasserstraßenprojekte zu stecken, deren Nutzen fraglich und deren Schaden an der Natur beträchtlich ist, sollte das Geld besser in einen nachhaltigen Hochwasserschutz investiert und den Flüssen wieder mehr Raum gegeben werden", forderte Treutler. An der Lenzener Elbe sei dies beispielhaft für ganz Deutschland realisiert worden. Die in den letzten Jahren gehäuft auftretenden Hochwasser der Elbe und anderer Flüsse seien ein deutliches Zeichen, wie dringend dies erforderlich sei.

Wie der Prignitzer weiter ausführte, solle die Aktion auch ein Zeichen gegen das geplante Atom-Endlager Gorleben sein. Der Salzstock erstreckte sich unter der Elbe hindurch bis in die Prignitz hinein. Es bestehe die Gefahr, dass Havarien in dem Endlager auch die Umwelt und die Menschen in der Prignitz und Altmark bedrohen.

Eine weitere Rednerin war Susanne Bohlander, Sprecherin der Bürgerinitiative "Pro B189 – Keine A14". Der Erhalt der einmaligen Flusslandschaft Elbe stehe in einem engen Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die geplante A14-Nordverlängerung. "Warum soll es hier eine Autobahn geben – mit weiteren vier Spuren für den Autoverkehr, wenn wir doch schon zwei haben? Ist die B189 hoffnungslos verstopft? Fest steht: Wegen zu hoher Verkehrsbelastung muss hier in der dünn besiedelten Prignitz und Altmark keine Autobahn gebaut werden", sagte Bohlander. Die Trasse würde gerade an der Elbe wertvolle Naturräume zerstören. Die A14 soll hier eine 50 Meter breite Betonschneise durch europäische Vogelschutz- und Naturschutzgebiete schlagen, mit einer kostbaren Tier- und Pflanzenwelt, mit Arten, die vom Aussterben bedroht sind." Nicht nur die Natur sei gefährdet, so Bohlander, sondern die Lebensqualität der hier lebenden Menschen. Ihnen werde zugemutet, mit dem Lärm und Schmutz einer Autobahn zu leben, die das Verkehrsaufkommen verdrei- bis vervierfachen und über weitere Strecken über einen hohen Damm verlaufen soll.

Die Planung sei unverantwortlich. "1,3 Milliarden Euro sollen ausgegeben werden für eine Autobahn, die niemand braucht und obwohl Gelder für Ortsumgebungen und für den Erhalt der bestehenden Straßen dringend gebraucht werden." Der BUND und die Bürgerinitiativen gegen die A14 seien zuversichtlich, dass die Autobahn verhindert werden könne. Im Eilverfahren habe das Bundesverwaltungsgericht zugunsten einer Klage des BUND gegen die A14 entschieden. Die Gerichtsentscheidung im Hauptverfahren werde für den Sommer erwartet.